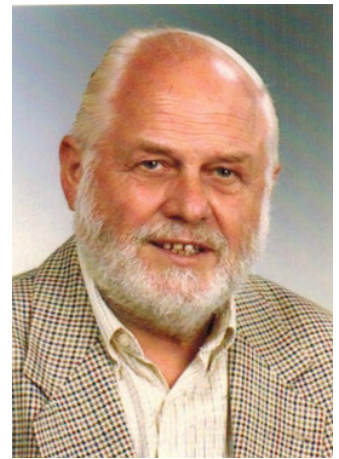


40 JAHRE RADIKALENERLASS

Ein abgeschlossenes Kapitel im „Land der Freiheit“?



Uwe Scheer, Hamburg

Der Fall Uwe Scheer 1983 bis 2003

Uwe Wilhelm Scheer, geb. 4.1.1940 in Schenefeld/Kreis Pinnberg 1946 Umzug nach Hamburg. 1955 Hauptschul-Abschluss, Lehre als „Einzelhandelskaufmann für Büroorganisation“, 1958. Prüfung. 1961 bis 63 Bundeswehr, dann Angestellter.

Ab 1. 11. 1963 Zollanwärter (mittler Dienst) bei der Bundesfinanzverwaltung. 1967 Beamter auf Lebenszeit. Mehrfach befördert. Dienstliche Beurteilung zum 30. 9. 1983 (!) „tritt hervor“ „Er ist stark belastbar, besitzt überdurchschnittliche Fachkenntnisse...“. (aus der Anschuldigungsschrift v. 25.02.1985).

11. Mai 1983 Einleitung disziplinarischer Vorermittlungen für ein Disziplinarverfahren. Anhörungen, Anschuldigungsschrift am 25.02.1985 (!).

24. 5. 1985 „Vorläufige Diensterhebung und Einbehaltung von Teilen Ihrer Dienstbezüge (minus 20 %)“

Vorwurf: „Den ZOS Uwe Scheer schuldige ich an, dadurch ein Dienstvergehen begangen zu haben, dass er seine politische Treuepflicht durch Mitgliedschaft und darüber hinausgehende Aktivitäten in einer verfassungsfeindlichen Partei, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), fortgesetzt verletzt.“ Der einzige vorgelegte „Beweis“ ist die nicht bestrittene Kandidatur für die Bezirksversammlung Hamburg-Wandsbek auf der Liste der DKP in den Jahren 1978 und 1982 (3 Wahlen).

Anschl. **sieben Jahre Suspendierung bis 1990**. Zwischendurch Antrag an das Bundesverfassungsgericht (abgelehnt), anschl. die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

1992 Vereinbarung mit der OFD Hamburg: Angestellter in der Zollverwaltung zunächst in der Hausverwaltung und später wieder in meiner eigentlichen Tätigkeit, allerdings nicht als Beamter. Das Disziplinarverfahren wurde somit mit der Statusänderung vom Beamten zum Angestellten eingestellt.

Doch nach dem Dorothea Vogt-Urteil 1995 wollte ich mein Recht wieder erhalten, Beamter zu werden. Nach dem Urteil des OVG Hamburg vom Dezember 2001 wollte mich die OFD zum 1. Juli 2002 wieder zum Beamten machen. Da ich bereits in der Altersteilzeit war und am 1. 2. 2003 für den Renteneintritt programmiert war, wurde ich erst wieder zum 1. 2. 2003 Beamter – allerdings im Ruhestand – und bekam die Urkunde für über „40 Jahre treue Dienste“ für den deutschen Staat von der OFD Hamburg übersandt. (Doch eine Nachzahlung von über 100 000 DM, die ich auf Anregung meines Anwalt nach dem Urteil des Straßburger Gerichts berechnet hatte, habe ich nie bekommen. Selbst die anlässlich meines 25-jährigen Dienstjubiläums fällige Prämie habe ich nicht erhalten - wegen Verjährung!)

Am **1.2.2003** habe ich jedenfalls die Ernennung mit meinen Kollegen, Freunden und Nachbarn aus dem Stadtteil im Hamburger Gewerkschaftshaus gefeiert und bekam ein großes Geschenk vom Vorstand der Abteilung Bundesfinanzverwaltung Hamburg und dem zuständigen Gewerkschaftssekretär. Ich arbeite heute noch im Landesbezirksseniorenausschuss von Ver.di.